

DGB Jugendsekretariat, Am Katzenstadel 34, 86152 Augsburg

An den Vorstand des SJR Augsburg
per E-Mail

Antrag an die Vollversammlung des SJR Augsburg

Die Vollversammlung möge beschließen:

Augsburg, 20.10.2025

Nie wieder ist jetzt – Konsequenter Umgang mit Rechtsextremismus

1. Keine Plattform für Verfassungsgegner!

1.1 Der Stadtjugendring verpflichtet sich, keine Kandidat*innen oder Mitglieder der Alternative für Deutschland (AfD) zu Veranstaltungen, Diskussionsrunden und anderen Kooperationen einzuladen. Der Stadtjugendring darf rechtsextremen, rassistischen und demokratiefeindlichen Positionen keine Bühne bieten.

1.2 Der Stadtjugendring prüft seine Teilnahme an Veranstaltungen Dritter kritisch, an denen die AfD beteiligt ist.

2. Bildungsauftrag: Demokratie fördern!

2.1 Der Stadtjugendring wird beauftragt, demokratische Kräfte, Initiativen und Projekte in der verbandlichen und offenen Jugendarbeit zu stärken. Hierfür sollen Angebote entwickelt werden, um die Multiplikator*innen der Jugendarbeit in Augsburg und deren wichtiges Engagement in der Demokratiebildung fachlich zu unterstützen.

2.2 Der Stadtjugendring wird beauftragt, niederschwellige Formate und Angebote zu entwickeln und anzubieten, die sich an alle Jugendlichen, jungen Wähler*innen und jungen Menschen richten.

DGB Jugend Augsburg
Am Katzenstadel 34
86152 Augsburg
Telefon: 0821 420797-46

Frederik.Hintermayr@dgb.de

Begründung:

Die AfD vertritt rassistische, rechtsextreme und demokratiefeindliche Positionen, welche im Widerspruch zur freiheitlichen-demokratischen Grundordnung und der Unantastbarkeit der Würde des Menschen im Artikel 1 des Grundgesetzes stehen.

Indem sie diese Grundwerte unserer demokratischen Gesellschaft ablehnt, stellt sie sich selbst außerhalb des demokratischen Diskurses. Sie ist nicht an einem Austausch interessiert. Die neue Rechte verfolgt in den Worten von Götz Kubitschek folgende Strategie: „Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensoren, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party“ (Institut für Staatspolitik, Sezession 12/Januar 2006, S. 24). Die Einstufung durch den Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem untermauert die Notwendigkeit zu verhindern, dass die AfD durch das Einladen auf Podien als "normale" Partei angesehen wird. Eine Abgrenzung ist wichtig, aber noch wichtiger ist politische Bildung.

Diese ist nicht wertneutral, sondern beruht auf den Grundsätzen der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung und den Menschenrechten, was sich auch in §3 der Satzung des Bayerischen Jugendrings zeigt.

Der Beutelsbacher Konsens und das Grundgesetz verpflichten zur Menschenwürde und Gleichheit. Wenn diese Werte angegriffen werden, kann es keine Neutralität geben, sondern die Politische Bildung muss die Demokratischen Werte aktiv verteidigen. Dies ist auch der Präambel der Satzung des Bayerischen Jugendrings zu entnehmen.